Erklärung der bundesweiten Konferenz am 18./19. April in Berlin

Wir, GewerkschaftskollegInnen, engagierte ArbeitnehmerInnen und SozialdemokratInnen aus Berlin, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen, wenden uns an alle SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen:

Lasst uns die politische Kraft sammeln im Kampf für Sofortmaßnahmen zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise!

Lasst uns gemeinsam eintreten für die vereinte Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und Jugend durch die Gewerkschaften des DGB für

- **das Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten**
- **die Respektierung und Verteidigung der Tarifverträge - Keine Lohnsenkungen!**

Für die Verpflichtung der SPD auf solche Sofortmaßnahmen im Bruch mit dem Führungstrio der Steinbrück, Steinmeier und Müntefering.

Delegierte aus Hessen und anderen Bundesländern mit Opel-Standorten haben von dem Kampf der Opel-Kollegen für den Erhalt der Arbeitsplätze und Betriebe berichtet. Mit gespannter Aufmerksamkeit haben die Opelner und zweifellos alle von Stellenabbau bedrohten ArbeitnehmerInnen die Worte des Bundesarbeitsministers Olaf Scholz (SPD) gehört: „Opel sterben zu lassen, wäre mehr als ein Fehler, es wäre unentschuldbares Regierungsversagen.“ In Konsequenz forderte er eine Regierungsentscheidung zur „staatlichen Beteiligung für die Rettung von Opel“.

Für die Beschäftigten von Opel und der Zulieferbetriebe musste darauf die Initiative des Arbeitsministers für eine staatliche Entscheidung und Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze folgen. Die SPD/AfA- und Arbeitnehmerkonferenz von Hessen-Süd am 28. März, an der Betriebsräte und GewerkschafterInnen von Opel und aus Industriebetrieben der betroffenen Rhein-Main-Region teilgenommen haben, forderte deshalb, gestützt auf die Aussage von Scholz: „Wir fordern unsere Partei, alle Mandatsträger der SPD auf, die Entscheidung zu treffen, dass der Staat sofort die Verantwortung für die Rettung der Arbeitsplätze übernimmt.“ Sie traten ein für eine staatliche Garantie und Schutz aller Arbeitsplätze, gegen jede Entlassung und Stellen- sowie Lohnabbau.

Doch die Zeit vergeht seit den Worten von Scholz. US-Präsident Obama hat inzwischen GM seinen „chirurgischen Bankrottplan“ diktiert, der vernichtende Einschnitte in Produktionsanlagen und Lohnerrungenschaften und Massenentlassungen bedeutet. Dieser Plan wird natürlich auch von der EU vertreten, und die Regierung Merkel und die sich dieser Politik unterwerfenden SPD-Minister wollen ihn umsetzen und die Gewerkschaft und Betriebsräte zwingen, dabei mitzumachen.

Auf der Arbeitnehmerkonferenz Hessen-Süd wurde deshalb vorgeschlagen, dafür einzutreten, dass die IG Metall die Verantwortung dafür übernimmt, alle Opel-KollegInnen und Zulieferbetriebe vereint für eine zentrale Demonstration nach Berlin, zur Regierung zu mobilisieren, um zu fordern: dass den Worten von Scholz Taten folgen und er die Initiative ergreift für eine sofortige staatliche Garantie zur Sicherung aller Arbeitsplätze der Opel- und Zulieferbetriebe.

Diesem Vorschlag wollen wir uns anschließen und laden alle betreffenden ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen ebenfalls dazu ein.

Die Delegierten aus Sachsen berichteten darüber, dass Infineon, die Muttergesellschaft von Qimonda, die notwendigen Kredite für die Verteidigung von Qimonda in Dresden und aller Arbeitsplätze verweigert hat. In die Insolvenz gestoßen, droht jetzt die Zerschlagung von Qimonda Dresden und die Ausgliederung der KollegInnen in eine Transfer-Gesellschaft. Die bayerische Staatsregierung will die Forschungs- und Entwicklungszentren kaufen, von Dresden abziehen und die gesamte Produktion dem Verfall überlassen. Die SPD Sachsen hat ein staatliches Engagement und Beteiligung für die Rettung von Qimonda gefordert. Ist es da nicht notwendig, dafür einzutreten, dass die SPD sofort einen Regierungsbeschluss einfordert für den Schutz aller Arbeitsplätze und Produktionsanlagen, von Betrieb und Vermögen?

„38 von 40 Industriebetrieben **in der Region Eisenach** sind in Kurzarbeit, das mit staatlichen Fördermitteln in Millionenhöhe subventionierte Werk Nexans (vor der Wende VEB Kabelwerk Vacha) soll komplett geschlossen werden“, berichtet ein Gewerkschaftskollege aus Thüringen: „Unsere Region kann nur überleben, wenn die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden und wenn es ein gesetzliches Entlassungsverbot gibt.“

„Für den Erhalt aller Arbeitsplätze und des Betriebes!“ kämpfen die **Kollegen von Humboldt-Wedag in Köln. Betriebsräte, Vertrauensleute der IG Metall**, unterstützt von KollegInnen aus anderen Metall-Betrieben, von ver.di-KollegInnen und SPD-Mitgliedern, wenden sich an die SPD-Abgeordneten im Bundestag und Landtag: „Die von Entlassung bedrohten KollegInnen brauchen politischen Schutz. Ergreift bitte sofort die Initiative für ein gesetzliches Verbot von Entlassungen.“

Inzwischen platzt das betrügerische Versprechen, Arbeitsplatzvernichtung verhindern zu können: mit millionenfacher Kurzarbeit, immer weiter um sich greifenden Lohnkürzungen und jetzt auch mit Transfergesellschaften. Das alles zwingt schon den ArbeitnehmerInnen die Kosten der kapitalistischen Krise und den „sozialverträglichen“ Stellenabbau auf, während mit Hunderten Milliarden die Profite derjenigen gerettet werden, die für die Krise verantwortlich sind, die Spekulanten, Finanzkapitalisten und großen Kapital- und Vermögenseigentümer.

Die Arbeitgeberverbände warnen, „dass Kurzarbeit als Puffer bald nicht mehr ausreicht..., dass Massenentlassungen bei andauernder Auftragsflaute unvermeidbar werden.“

„Es braut sich etwas zusammen über Deutschland“ fürchtet das Handelsblatt (14. 4.), „die Frage ist nur, wann sich das Unwetter mit voller Wucht auch über dem Arbeitsmarkt entlädt. Wenn Daimler über Entlassungen redet und der Ausstoß der Stahlindustrie auf das Niveau der 50er Jahre sackt, dann ahnen wir, dass die Stunde geschlagen hat. Die Krise ist unter uns... Alle Puffer gegen die Gewalt der Bewegung, die im Gange ist, werden nicht reichen.“

- Der Druckmaschinen-Hersteller Heidelberger hat als erstes Großunternehmen die Entlassung von 5.000 Arbeitern weltweit, davon 2.000 in Deutschland, beschlossen und den von den KollegInnen mit Lohnverzicht teuer bezahlten „Beschäftigungssicherungstarifvertrag“ mit der IG Metall zerrissen.

Während 6.000 Heidelberger ArbeiterInnen vor den Werkstoren demonstrieren und die IG Metall die „kämpferische Entschlossenheit“ der KollegInnen betont, haben sich tausend Beschäftigte von Karmann auf einer Betriebsversammlung für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze versammelt. Karmann wurde am 8. 4. in die Insolvenz geschickt, 3.740 sind betroffen, von denen 1.400 schon gekündigt wurden, weil die Eigentümerfamilie nicht die 20% der notwendigen Kreditsumme für den Erhalt des Betriebes aus ihrem Privatvermögen zu zahlen bereit war.

- In diesen gleichen Tagen ruft die IG BCE die Continental-Arbeiter in Deutschland gemeinsam mit ihren französischen KollegInnen zur erneuten Demonstration gegen die Entlassung von 1.900 Beschäftigten und die Fabrikschließungen auf. Und die Stahlarbeiter von Thyssen-Krupp organisieren eine weitere Demonstration in Duisburg mit 14.000 TeilnehmerInnen, gegen die drohende Entlassung von 4.000 ihrer KollegInnen. „Wir müssen mehr machen“, fordert nach dem Bericht der Zeitung »Financial Times Deutschland« vom 2. 4. ein Stahlarbeiter unter Zustimmung der ihn umgebenden KollegInnen: „Die ganze Republik müsste aufstehen. Wir zahlen doch die Zeche, keiner von denen da oben.“

Bei der Vorstellung des „*IG Metall-Aktionsplans gegen die Wirtschaftskrise*“ und angesichts der Welle der Arbeitsplatzvernichtung, die nun auch die industriellen Kerne erfasst, betont der Gewerkschaftsvorsitzende Berthold Huber, dass die Kämpfe und „öffentlichen Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen darüber entscheiden werden, ob der Weg in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abgrund fortgesetzt wird“.

Gibt es eine Möglichkeit, den „Weg in den Abgrund“, die „Gewalt der Bewegung“, der Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen“? Ist es nicht die Verantwortung der DGB-Gewerkschaften, die Kämpfe zusammenzufassen und die vereinte Kraft der Arbeiterschaft auf einer zentralen Demonstration nach Berlin, zur Regierung zu mobilisieren, für die Forderungen:

Staatliche Garantie für die Sicherung aller Arbeitsplätze – Verbot jeder Entlassung, von Kündigung und Stellenabbau!

Die Konferenz unterstützt die von den Delegierten aus Deutschland auf der Europäischen Arbeitnehmerkonferenz am 7./8. 2. 2009 beschlossene Kampagne für einen Offenen Brief an die Verantwortlichen der DGB-Gewerkschaften in diesem Sinne.

Und wir rufen alle GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen auf, sich in dieser Kampagne zu engagieren.

- Das

Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten –

ist eine erste dringliche Sofortmaßnahme zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise!

- Muss nicht den Kapital- und Unternehmenseigentümern wie Infineon/Quimonda die Entscheidung zur Vernichtung von Produktion und Arbeitsplätzen aus der Hand genommen und **die Arbeitsplätze und Produktion und das Kapital- und Vermögenseigentum, unter staatlichen Schutz gestellt werden?**

500 Milliarden Euro hat die Regierung der Großen Koalition für das Rettungspaket an die Banken und Spekulanten gegeben zur Rettung des „Funktionierens des Finanzsystems“, d.h. frische Nahrung für die Spekulation; bis zu geschätzten 200 Mrd. Euro will SPD-Finanzminister Steinbrück jetzt den Banken offerieren, um sie von den „faulen Wertpapieren“ zu befreien.

- **Ist es nicht notwendig, diese Milliarden für Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur in Bund, Ländern und Gemeinden einzusetzen: für Krankenhäuser, Schulen und Unis, für die Gebäude und durch massive Einstellung des fehlenden Personals, auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Flächentarifverträge, d.h. für ein wirkliches Beschäftigungsprogramm?**
- **Die am Gemeinwohl orientierte Daseinsvorsorge darf nicht der Logik der Gewinnmaximierung folgen. Die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge dienen, ist in Bund, Ländern und Gemeinden zu stoppen.**

PPP (Public-Private-Partnership / Öffentlich-Private-Partnerschaft-ÖPP) macht die Kommunen kaputt, deshalb fordern wir die Aufhebung der PP-Sondergesetze und die Rückabwicklung bestehender PPP-Verträge.

- **Muss nicht die Verschleuderung von immer neuen Milliarden zur Sanierung der Finanzspekulation sofort gestoppt werden durch**
 - **das Verbot der Spekulation; Rücknahme der Finanzmarktförderungsgesetze;**
 - **die Schaffung eines einzigen öffentlichen Bankensektors** für die Kreditversorgung der produktiven Wirtschaft und der staatlichen Investitionen – auf der Grundlage der Enteignung und Verstaatlichung der Privatbanken mit allen Vermögenswerten;
 - **die strikte Verpflichtung der öffentlichen Landesbanken und Sparkassen auf das Territorial- und Gemeinwohlprinzip.**
- **Brauchen wir nicht Maßnahmen zum Schutz vor Verarmung, sozialer Not und Altersarmut**
wie die Aufhebung von Hartz IV, das Verbot von Leiharbeit, Dumpinglöhnen und Tariffucht, und die Integration aller Billiglöhner in die Flächentarifverträge der DGB-Gewerkschaften?

Es ist höchste Zeit.

Wer hindert Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) daran, wenn er es ehrlich meint mit der Forderung nach dem staatlichen Engagement zur „Rettung von Opel“, die entsprechende Initiative für eine staatliche Garantie aller Arbeitsplätze bei Opel und der Zulieferbetriebe zu ergreifen, bevor weitere Tausende Arbeitsplätze abgebaut werden?

Eine solche Maßnahme stünde im vollständigen Bruch mit der gesamten Politik der Großen Koalitions-Regierung unter Merkel; im vollständigen Widerspruch zu dem Führungstrio der SPD, den Steinbrück, Steinmeier und Müntefering, die weiterhin fest entschlossen sind, die SPD der Politik der Großen Koalition und der EU zu unterwerfen. Eine Politik, welche die fürchterlichen Kosten der kapitalistischen Krise auf die Bevölkerung abwälzt; welche hunderte Milliarden an die Banken und Spekulanten gibt und ein „Enteignungsgesetz“ beschließt, um mit weiteren staatlichen Milliarden den Gläubigern/Spekulanten ihr spekulatives Vermögenseigentum zu retten; welche 100 Milliarden an die großen Unternehmen gibt mit der Auflage der strikten Umstrukturierungen: Werksschließungen, Arbeitsplatzvernichtungen, Lohnkürzungen, Durchlöcherung der Tarifverträge.

Wir sind fest davon überzeugt, dass das für die deutsche Arbeiterbewegung in dieser dramatischen Situation einen politischen Ausweg und die Perspektive eröffnet für die Verteidigung der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, der Gesellschaft, gegen die kapitalistische Krise.

Damit die SPD die notwendigen Sofortmaßnahmen zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise zu ihrer Aufgabe machen kann, muss sie sich von den Steinbrück, Steinmeier, Müntefering befreien, die sich in die Entscheidungsspitzen der Partei geputscht haben, um die SPD weiterhin der verheerenden Politik der Großen Koalition und der EU zu unterwerfen.

Nach einer solchen politischen Lösung suchen viele SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen, mit deren politischen Bereitschaft und Engagement wir uns verbinden wollen. Davon zeugt der Aufruf der SPD-Genossen Michael Buckup und Wolfgang Denia aus Niedersachsen, der nach ihren Angaben schon auf viel Zuspruch in der SPD gestoßen ist: „Diejenigen, die nicht länger zusehen wollen und können, wie unsere Partei von einer kleinen Gruppe von Parteibesitzern weiter auf dem verhängnisvollen neoliberalen Kurs gefangen gehalten wird“, werden von sozialdemokratischen GenossInnen aufgerufen, sich in einer „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten in der SPD“ zu engagieren.

Millionen werden einer Partei, einer SPD zuströmen, die erklärt: Wir kämpfen um die Eroberung der Regierungsmacht, um die Forderungen eines wirklichen Schutzprogramms für die Bevölkerung und die Arbeitsplätze gegen die Krise zum Regierungshandeln zu machen: das gesetzliche Entlassungsverbot, das Verbot der Spekulation und die Schaffung eines einzigen öffentlichen Bankensektors; die Finanzierung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur, statt der Milliarden für die Banken...

Eine solche SPD, die diese Forderungen auf ihre Fahnen schreibt, wird sich auf die Mobilisierung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung stützen können und die Merkel und ihre Interessenklientel der Banken und großen Unternehmer aus der Regierung vertreiben können.

Wir rufen alle ArbeitnehmerInnen, alle GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen auf, organisieren wir gemeinsam die politische Kraft, um für solche Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise einzutreten – für den Bruch der SPD mit den Steinbrück, Steinmeier, Müntefering, die die SPD in den anstehenden Wahlen in ein noch schlimmeres Desaster treiben werden.

**** **** ****

Diese Erklärung wurde auf der Konferenz unterzeichnet von:

Baden-Württemberg: Futterer, Michael (SPD-Kreisvorstand Heilbronn, stellv. GEW- Landesvors.); Wojdschiski, Armin (SPD, ver.di)

Berlin: Bahr, Detlef (ver.di); Bahr, Reiner; Boulboullé, Carla (Redaktion „Soziale Politik & Demokratie“); Döring, Rainer (ver.di, VL-Vors. BVG, ver.di-Bezirksvorst.); Dröge, Wolfgang; Eisner, Udo (DL, IG Metall); Först, Heinke (SPD, AfA, GEW); Fürst, Kerstin (Transnet-VP, S-Bahn); Gehring, Ursula; Gellrich, Carmen (SPD); Grahl, Ute (SPD); Krupp, Gotthard (SPD, AfA-Landesvorstand, ver.di-Bezirksvorstand); Kynast, Helmut (SPD); Lätsch, Winfried (NGG); Leisling, Monika; Ludwig, Helmut; Mortagne, Bruno (SPD); Polke, Peter (Transnet-VP, BR; S-Bahn); Prasuhn, Volker (SPD, AfA-Landesvorstand, ver.di); Schermer, Gerlinde (SPD-Kreisvorstand Friedrichshain/Kreuzberg); Schmidt, Thomas (GEW); Schöller, Birgit (SPD); Uhde, Werner (Internationale Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker - IAV -, ver.di); Wernecke, Monika (ver.di, im Frauen-vorstand); Zutz, Axel (SPD, AfA-Landesvorstand, IG BAU)

Brandenburg: Fast, Bodo (SPD, ver.di); Fast, Gisela (SPD); Nowak, Liselotte (ver.di); Nowak, Rolf (ver.di)

Hessen: Altmann, Michael (SPD, Mitglied AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd; Hessische Arbeitnehmerinitiative, ver.di-VM); Thielmann, Heinz (ver.di)

Niedersachsen: Schnur, Petr (ver.di);

Nordrhein-Westfalen: Engstfeld, Ellen (SPD, ver.di, VF, PR); Frey, Henning (SPD, GEW); Gürster, Eva (SPD, ver.di); Mees, Hans-Jürgen (ver.di, FB 3-Vorstand); Röser, Ingo (ver.di, PR-Vors. LVR- Kliniken Düren); Schuster, Anna (GEW); Schuster, H.-W. (SPD, AfA-UB-Vors., ver.di); Schwefing, Günther (ver.di); Sieweke, Beate (SPD, Mitglied UB-Vorstand, stellv. AfA-UB-Vors., ver.di); Weiß, Dirk (SPD, Betriebsrat IG BCE); Wellems, Mechthild (ver.di, VL)

Sachsen: Bahr, Bernd (SPD, ver.di); Hahn, Gaby (SPD, AfA-Landesvorstand); Montecino, Augusto (ver.di); Richter, Peter (AfA);

Thüringen: Schüller, Klaus (SPD, stellv. AfA-Landesvorsitzender, DGB-Sekretär)

Ich unterstütze diese Erklärung:

Name	Adresse (auch E-Mail/Fax)	Organisation/ Funktion
------	---------------------------	------------------------

Kontaktadressen:

Michael Altmann, Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative, E-Mail: Michael.Altmann@gmx.net
Gotthard Krupp, Redaktion Soziale Politik & Demokratie, E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de; Fax: 030-3131662